

BESCHLUSS

des Bundesvorstands der FDP, Berlin, 26. Januar 2026

Eine liberale Freihandelsagenda für Deutschland und Europa

Wir Freie Demokraten sind die starke deutsche Stimme in Brüssel für Freihandel. Wir kämpfen dafür, dass der Freihandel wieder zum Kernanliegen der europäischen Wirtschaftspolitik wird. Freihandel ist der Schlüssel zu Wachstum, Innovation und Wohlstand in Deutschland und Europa. In einer Welt, die zunehmend autoritärer und protektionistischer wird, setzen wir auf Partnerschaft, Offenheit und Handel.

Wir fordern die Europäische Union auf, so viele Freihandelsabkommen wie möglich abzuschließen. Der Systemwettbewerb des 21. Jahrhunderts erfordert es, Handelsbeziehungen konsequent geopolitisch und geoökonomisch zu denken. Geregelter Freihandel mit mehr Partnern macht Deutschland und Europa unabhängiger, eröffnet neue Märkte, reduziert Risiken, schützt vor Protektionismus und sichert Arbeitsplätze.

Handelsabkommen dürfen nicht länger durch allgemeinpolitische Forderungen oder nationale Sonderinteressen einzelner Mitgliedstaaten überfrachtet werden.

Für mehr Pragmatismus in der EU-Handelspolitik

Wir Freie Demokraten stehen für Pragmatismus in der EU-Handelspolitik. Wo umfassende Freihandelsabkommen möglich sind, streben wir diese an. Wo sie kurzfristig nicht realisierbar sind, unterstützen wir sektorale Abkommen, um schnelle Fortschritte zu erzielen. In einer dynamischen Weltwirtschaft muss Tempo mitunter Vorrang vor maximaler Tiefe haben.

Wir unterstützen daher ausdrücklich, dass Handelsabkommen als EU-only konzipiert werden und deshalb getrennt von Partnerschaftsabkommen zur Ratifizierung vorgelegt werden. Handel ist alleinige Kompetenz der EU, sodass eine Zustimmung nur durch Rat und das Europäische Parlament erfolgen muss. Das ist wesentlich schneller möglich als bei Abkommen, die sowohl Handel als auch Aspekte enthalten, die die Kompetenzen der Mitgliedsstaaten berühren, da sachfremde nationale Debatten oftmals die Ratifizierungsprozesse verlangsamen.

Wir Freie Demokraten fordern die rasche Ratifizierung der ökonomisch und geostrategisch wichtigen Abkommen mit Mexiko und Chile sowie den zügigen Abschluss der Verhandlungen der EU mit Indonesien, Australien, Thailand, den Philippinen und Malaysia. Nur durch die Diversifizierung unserer Handelspartner und Lieferketten können wir uns in einer neuen multipolaren Welt gegenüber China und den Trump-USA behaupten.

Mercosur Abkommen vorläufig anwenden

Wir Freie Demokraten halten den Verweis des Mercosur-Abkommens vor den Europäischen Gerichtshof für einen schweren Fehler. Wer das Mercosur-Abkommen ablehnt, sabotiert Europas Wirtschaft und beschädigt unsere geopolitische Handlungsfähigkeit massiv. Eine unfassbare Verantwortungslosigkeit in einer Zeit, in der China, die USA und Russland Europa immer weiter unter Druck setzen.

Dass die Parteien AfD und die Linke gegen das Mercosur-Abkommen gestimmt haben, zeigt ihre wirtschaftsfeindliche und protektionistische Haltung. Die Grünen haben erneut gezeigt, dass sie eine Partei sind, die Freihandel inhärent als etwas Schlechtes begreift, und sie nicht bereit sind, über ihren ideologischen Schatten zu springen. Gemeinsam haben sie das Mercosur-Abkommen mit Scheinargumenten vor den Europäischen Gerichtshof gezwungen und somit vorerst auf Eis gelegt. Die Vorwürfe dienen dem Ziel, das Abkommen zu verhindern, und sind rechtlich nicht haltbar: Denn die EU ist für Handelspolitik zuständig. Das Abkommen wird demokratisch über das Europäische Parlament und den Rat ratifiziert. Die EU-Länder werden nicht umgangen, keine Standards werden gesenkt. Hier werden bewusst Ängste geschürt.

Die Kommission muss jetzt Verantwortung übernehmen und das Handelsabkommen vorläufig anwenden. Wir dürfen unsere europäischen Unternehmen und südamerikanischen Partner nicht länger warten lassen.

Schlüsselpartner Indien

Indien muss ein Schlüsselpartner für Deutschland und die EU in Asien werden – bilateral für die Vertiefung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen und multilateral für den Schutz und die Reform der regelbasierten internationalen Ordnung.

Kommissionspräsidentin von der Leyen muss den EU-Indien-Gipfel in dieser Woche daher nutzen, um endlich das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Indien, sowie das Investitionsschutzabkommen und das Abkommen über geografische Herkunftsangaben abzuschließen. Wir Freie Demokraten fordern die Bundesregierung anschließend auf, sich aktiv im Europäischen Rat für die unverzügliche Ratifizierung einzusetzen und arbeiten dafür auch im Europäischen Parlament.

Das Abkommen mit Indien, das wohl nicht so umfangreich wie andere Freihandelsabkommen sein wird, sehen wir als Lackmustest, ob die EU und ihre Mitgliedsländer wirklich bereit sind, pragmatische Handelsabkommen abzuschließen, auch wenn nicht jeder Aspekt abschließend neu geregelt wurde.

Wir verstehen das Abkommen mit Indien als einen wichtigen Startpunkt, an den es dann anzusetzen gilt. So sollte die sektorale Kooperation mit Indien erheblich ausgeweitet werden, besonders im Rahmen des EU-Indien Trade and Technology Council.

Darüber hinaus muss Deutschland die Rüstungs- und sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Indien gezielt ausbauen. Ziel ist es, zur Modernisierung der indischen Streitkräfte beizutragen, Indiens einseitige Abhängigkeit von Russland schrittweise zu reduzieren und die militärische Kooperation insbesondere im Bereich der maritimen Sicherheit im Indischen Ozean zu vertiefen. Gleichzeitig müssen beide Seiten einen offenen, konstruktiven Dialog über gemeinsame Werte, insbesondere Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, fortführen.

Abkommen mit Kanada EU-weit ratifizieren

Der liberale kanadische Premier Mark Carney wurde jüngst für seine Davos-Rede bejubelt. Kanada rückt, auch durch Drohungen von US-Präsident Trump, immer enger an die EU heran, auch in Fragen der militärischen Zusammenarbeit.

Aber erst auf Betreiben der FDP hin hatte der Deutsche Bundestag das Freihandelsabkommen im Dezember 2022 ratifiziert. Das Abkommen hat die Kosten für deutsche Exporte nach Kanada gesenkt und zu einem erheblichen Anstieg der Ausfuhren geführt. Zugleich sind europäische Umwelt- und Sozialstandards entgegen Befürchtungen für die Einfuhren kanadischer Produkte nicht gesenkt worden. Ähnlich, wie beim Mercosur Abkommen wurde bei CETA behauptet, der europäische Markt, würde in sensiblen Bereichen überflutet werden. Tatsächlich wurden in 2023 nur rund zwei Prozent der jährlichen Quoten für Rindfleisch genutzt.

Deshalb ist es besonders verwerflich, dass immer noch nicht alle Länder das EU-Kanada-Abkommen (CETA) ratifiziert haben und es seit gut acht Jahren nur vorläufig angewendet wird. Bundeskanzler Merz muss seiner Ankündigung nach mehr Zusammenarbeit mit Kanada jetzt Taten folgen lassen und sich vehement bei seinen europäischen Amtskollegen dafür einsetzen, dass Belgien, Bulgarien, Zypern, Frankreich, Griechenland, Ungarn, Irland, Italien, Polen und Slowenien endlich CETA ratifizieren.

Engagement mit Indo-Pazifik stärken: Schlüsselregion für globales Wachstum und Sicherheit

Der Indo-Pazifik ist eine Schlüsselregion für globales Wachstum, technologische Innovation und internationale Sicherheit. Die Umsetzung der Indo-Pazifikstrategien Deutschlands und der EU müssen mit Nachdruck vorangetrieben werden.

Der Indo-Pazifik hat in den vergangenen Jahrzehnten enorm an weltwirtschaftlicher Bedeutung gewonnen. Deshalb müssen wir dem offenen Angriff auf die regelbasierte internationale Ordnung, insbesondere durch das expansive Machtstreben Chinas in dieser Region, mit einer Vertiefung der Beziehungen zu unseren anderen Wirtschaftspartnern begegnen.

Die Verhandlungen über Freihandelsabkommen mit Indonesien, Thailand, den Philippinen, Malaysia und Australien müssen zügig abgeschlossen werden.

Wir Freien Demokraten fordern die EU-Kommission zudem dazu auf, Verhandlungen für ein bilaterales Investitionsabkommen mit Taiwan aufzunehmen. Die zunehmenden Drohungen durch China und die jüngsten Militärmanöver vor Taiwan zeigen, wie wichtig es ist, dass Demokratien Seite an Seite gegen Bedrohungen durch Autokratien stehen.

Neue Rohstoff- und Partnerschaftsabkommen sind notwendig, um Lieferketten zu diversifizieren und strategische Abhängigkeiten zu reduzieren. Verbesserte militärische und sicherheitspolitische Zusammenarbeit sowie der Ausbau nachhaltiger Konnektivität in den Bereichen Transport, Digitalisierung und Energie müssen weitere Prioritäten europäischer Außenwirtschaftspolitik sein.

Wir Freien Demokraten sind davon überzeugt, dass die EU eine engere Zusammenarbeit mit den Staaten des Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership (CPTPP) suchen

muss und perspektivisch auf einen Beitritt hinarbeiten sollte, um den offenen, regelbasierten Handel im Indo-Pazifik zu stärken.